

Argument der Woche

09.04.2009

Warum wir gegen die Schuldenbremse sind

Vor dem Hintergrund der Krise und milliardenschweren Rettungsaktionen diskutieren die etablierten Parteien darüber, dass die Neuverschuldung der öffentlichen Hand (Bund, Länder und Kommunen) reduziert werden müsse.

In der Diskussion um die Reduzierung der Neuverschuldung wird ausschließlich auf die Ausgabenseite verwiesen. Der Hauptgrund für die leeren Kassen sind aber vielmehr die strukturell sinkenden Einnahmen der öffentlichen Haushalte, die durch eine einseitige Steuerpolitik seit Jahren zurückgefahren werden. Allein die rot-grüne Bundesregierung hat in ihrer Zeit durch Steuerreformen Bund, Ländern und Gemeinden jährliche Einnahmen von rund 80 Milliarden Euro entzogen.

Angesichts der sich verschärfenden Krise, die mit massiven Arbeitsplatzverlust einhergeht, sind Einnahmerückgänge in den Steuer- und Sozialkassen zu erwarten. Diese Entwicklung wird umfangreiche Kreditaufnahmen nötig machen, um das Niveau staatlicher und sonstiger sozialer Leistungen auch nur zu stabilisieren. Bei Fortführung der gegenwärtigen Steuerpolitik würde eine Begrenzung der Neuverschuldung, während das BIP 2009 um erwartete fünf Prozent sinkt, drastische Einschnitte bei den staatlichen Ausgaben nötig machen.

Die Frage der Staatsverschuldung ist ähnlich wie die der staatlichen Ausgaben

insgesamt nicht pauschal, nicht klassenneutral zu beurteilen. Die LINKE hat das 480 Milliarden Rettungspaket für die deutschen Banken abgelehnt, setzt sich aber für höhere Hartz IV-Sätze ein. Wir sind gegen die Steuerbefreiung der Rückstellungen der Kernkraftbetreiber, aber für die Pendlerpauschale. Es geht um das cui bono, wem nützt es?

Statt einer Schuldenbremse brauchen wir eine Steuersenkungsbremse. Vor dem Hintergrund der massiven Steuersenkungen der vergangenen Jahre, von denen nur eine wohlhabende Minderheit profitiert haben, deren Gegenfinanzierung von niemandem eingefordert wurde und die zu einem Ausbluten der öffentlichen Haushalte geführt haben, fordert DIE LINKE ein Ende dieser Steuersenkungen. In den letzten 30 Jahren hat es eine Umverteilung der Steuerlast zugunsten der Reichen gegeben. Wenn die Steuergesetzgebung heute noch auf dem Stand von 1982 wäre, dem Jahr, in dem Helmut Kohls CDU an die Regierung kam, flössen den öffentlichen Haushalten jährlich 80 Milliarden Euro mehr zu. Das entspricht rund drei Prozent des BIP.

DIE LINKE.
LANDESVERBAND HESSEN

